

9. Bessere Löhne für die Pflege. Jetzt.

Antrag des Regierungsrates vom 26. Januar 2022 zum dringlichen Postulat KR-Nr. 478/2020 und geänderter Antrag der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit vom 15. November 2022

Vorlage 5791a

Ratspräsidentin Esther Guyer: Die Kommissionsmehrheit stellt einen Abschreibungsantrag ohne abweichende Stellungnahme. Es liegt ein Minderheitsantrag von Jeannette Büsser und Mitunterzeichnenden auf Abschreibung mit abweichender Stellungnahme vor.

Roman Schmid (SVP, Opfikon), Präsident der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit (KSSG): Die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit beantragt dem Kantonsrat mit einer Mehrheit von 10 zu 5 Stimmen, das dringliche Postulat «Bessere Löhne für die Pflege. Jetzt.» als erledigt abzuschreiben. Mit dem Postulat wurde der Regierungsrat aufgefordert, in der Kommission für Richtpositionsbewertung eine Höhereinstufung der Pflegenden im kantonalen Lohnsystem zu beantragen. Gemäss Regierungsrat beurteilten die vier kantonalen Spitäler die bestehenden Richtpositionsketten im Bereich Pflege und deren Einreihung im Lohnsystem als aktuell und sachgerecht. Die geltenden Einreihungen widerspiegeln die Anforderungen an die Funktionen, werden als angemessen erachtet und entsprechen im resultierenden Lohn der Marktsituation. Ein schweizweiter Spitallohnvergleich aus dem Jahr 2020 zeigt auf, dass der Kanton Zürich im Bereich Pflege im Vergleich zu den anderen, auch privaten Arbeitgebern konkurrenzfähig ist. Weiter haben die kantonalen Spitäler durch die Überarbeitung der Personalreglemente einen grösseren Handlungsspielraum erhalten.

Die Postulantin Jeannette Büsser hat sich mit der Antwort der Regierung nicht zufriedengegeben und in der KSSG auf das Programm der Stadt Zürich zur Stärkung der Pflege aufmerksam gemacht. Die Stadt Zürich hat die Funktionen von 4000 Mitarbeitenden im Bereich Pflege, Betreuung und anderen nichtärztlichen Bereichen überprüft und 70 Prozent der Mitarbeitenden höher eingestuft. Seit August dieses Jahres erhalten diese einen höheren Lohn, wofür die Stadt 27,6 Millionen Schweizer Franken aufwendet. Um sich ein besseres Bild der Situation und der Massnahmen in den Institutionen zu machen, hat die KSSG das Kantonsspital Winterthur (KSW), die Psychiatrische Universitätsklinik Zürich (PUK) und den Branchenverband CURAVIVA angehört. Ebenso hat sie bei der Stadt Zürich um die entsprechenden Angaben zu den Einreihungen des Pflegepersonals in die Funktionsstufen ersucht. Der Grossteil des Pflegepersonals ist in Lohnklasse 14 oder 15 eingestuft. Personen mit FH-Abschluss (*Fachhochschule*) werden in Lohnklasse 16 eingereicht. Das KSW hat in der KSSG bestätigt, dass es die Löhne im Pflegebereich als korrekt erachtet. Sowohl das KSW auch als auch die PUK haben in der Kommission den Fachkräftemangel betont. Für die PUK ist klar, dass es langfristig auf nationaler und kantonaler Ebene andere Massnahmen braucht

und nicht der Lohn anzupeilen sei. Der Lohn sei nicht das relevante Thema. Die Institutionen haben vielfältige Massnahmen, um ihre Attraktivität auf dem Arbeitsmarkt zu steigern. Es werden Prämien für die Vermittlung von neuen Mitarbeitern gezahlt. Die in Inkonvenienz-Zulage wird erhöht. Es werden breite Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten angeboten und Laufbahnmodelle entwickelt. Es werden neue Arbeitsmodelle mit der Einführung von Gleitzeiten oder der Partizipation der Mitarbeitenden bei der Dienstplanung geprüft und es werden Mitarbeitenden-Pools zur flexiblen Arbeitsgestaltung und der Abfederung von temporären Mitarbeitenden gebildet. Es wurde von beiden Institutionen betont, dass es sich dabei um kurzfristige Massnahmen handelt, welche zwar den einzelnen Institutionen dienen, die Versorgung im Kanton aber nicht verbessern, da dadurch andere Spitäler das Pflegepersonal entzogen werde. Wichtig seien Massnahmen, die das Gesamte betrachten.

Der Branchenverband CURAVIVA hat die Situation der Pflege in den Alters- und Pflegeheimen dargelegt. CURAVIVA sieht die Notwendigkeit zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Langzeitversorgung und nennt als Beispiel die Erhöhung der Inkonvenienzen um den Faktor 3 oder eine adäquate Entlohnung der Spezialfunktionen, zum Beispiel der Berufsbildnerinnen und Berufsbildner. CURAVIVA erinnert an die unterschiedlichen Regelungen der Finanzierung der Spitäler und der Finanzierung der Alters- und Pflegeheime. Zusätzliche Kosten in den Heimen führen immer zu zusätzlichen Aufwendungen auch in den Gemeinden. Die Heime in gewissen Gemeinden seien stark von der Entwicklung in der Stadt Zürich betroffen. Als Beispiel wurde der Lohnunterschied von monatlich etwa 800 Franken für eine Fachfrau Gesundheit genannt.

Wie bekannt ist, hat der Regierungsrat beschlossen, den kantonalen Angestellten den vollen Teuerungsausgleich auszurichten, und verschiedene Spitäler, namentlich USZ (*Universitätsspital Zürich*), KSW, IPW (*Integrierte Psychiatrie Winterthur – Zürcher Unterland*) und das Kinderspital zogen daraufhin mit einem Teuerungsausgleich von zwischen 3 und 3,5 Prozent nach. Für die Kommissionsmehrheit kann das Postulat mit dem Bericht des Regierungsrates und den erfolgten Anhörungen in der Kommission abgeschrieben werden. Für die Minderheit aus Grünen und SP reichen die Massnahmen der Regierung nicht, weshalb sie eine abweichende Stellungnahme abgibt. Zu deren Inhalt verweise ich auf den Antrag 5791a der KSSG.

Namens der KSSG bitte ich Sie, das Postulat als erledigt abzuschreiben. Und hier noch eine Anmerkung: Vor etwa einer Dreiviertelstunde hat die Gesundheitsdirektion eine Medienmitteilung zur Umsetzung der Pflegeinitiative im Kanton Zürich herausgegeben. Da werden verschiedene Punkte aufgezählt, diese können Sie dann auch noch nachlesen, zum Beispiel: Spitäler, Pflegeheime und Spitex-Organisationen, die sich an der praktischen Ausbildung von Pflegefachkräften beteiligen, werden finanziell zusätzlich unterstützt. Oder Höhere Fachschulen erhalten Zuschüsse, um die Zahl der Ausbildungsplätze zu erhöhen. Oder Personen, die eine Pflegeausbildung an der Fachhochschule oder höheren Fachschule absolvieren, werden zur Sicherung ihres Lebensunterhaltes bei Bedarf finanziell unterstützt. Dies noch angemerkt. Vielen Dank.

Minderheitsantrag von Jeannette Büsser, Andreas Daurù, Florian Heer, Thomas Marthaler und Esther Straub:

I. Es wird folgende, vom Bericht des Regierungsrates abweichende Stellungnahme abgegeben.

II. Mitteilung an den Regierungsrat.

Abweichende Stellungnahme

Die Postulantinnen haben den Regierungsrat aufgefordert, in der Kommission für Richtpositionsbewertung (RBK) eine Höhereinstufung der Pflegenden im kantonalen Lohnsystem zu beantragen. Entsprechende Änderungen werden auf Antrag der Finanzdirektion vom Regierungsrat beschlossen. In der Antwort (5791) wird festgehalten, dass weder die Gesundheitsdirektion noch die kantonalen Spitäler zurzeit einen Handlungsbedarf erkennen. Es wird ausgeführt, dass die Richtpositionen durch die Gesundheitsdirektion und RBK laufend beobachtet werden. Die aktuelle Einreihung im Lohnsystem sei aktuell und sachgerecht. Die geltenden Einreihungen würden die Anforderungen an die Funktionen widerspiegeln. Die Löhne würden auch der Marktsituation entsprechen. Dies wird aufgrund eines schweizweiten Spitallohnvergleichs für das Jahr 2020, durchgeführt von Perinova, abgeleitet. Die Gehälter liegen im Kanton Zürich oberhalb des Marktwertes für die ganze Schweiz.

Wir begrüssen zwar, dass die GD und die RBK die Löhne laufend beobachten, ansonsten teilen wir die Einschätzung nicht.

Das Schweizer Stimmvolk hat am 28. November 2021 mit 61 Prozent die Volksinitiative für eine starke Pflege deutlich angenommen. Entlohnung und Arbeitsbedingungen sind Bestandteil der Initiative. Es kam klar zum Ausdruck, dass die Bevölkerung bereit ist, Verbesserungen, auch wenn diese etwas kosten, mitzutragen. 79% der Schweizer Bevölkerung sind der Meinung, die Pflegeberufe sollten mehr Lohn erhalten. Dass dies nicht nur Auswirkungen der Corona- Pandemie sind, zeigt eine OECD-Studie, welche Löhne innerhalb anderer Lohnsysteme und mit anderen Ländern vergleicht. Nur in Lettland und in Litauen verdienen Pflegenden weniger als in der Schweiz. Die Kombination von Arbeitsbedingungen und Lohnniveau ist bei der Berufswahl und ebenso beim Entscheid über den Verbleib im Beruf relevant. Dass das Lohnniveau im Schweizer Vergleich im Kanton Zürich hoch ist, ist nicht erstaunlich. Aufgrund der hohen Lebenshaltungskosten in unserem Kanton gilt dies übrigens für fast alle Berufe.

Die Stadt Zürich hat die Funktionsstufen ebenfalls überprüft und kam zu anderen Ergebnissen als der Kanton. Ab August 2022 haben 70% der Angestellten mehr Lohn erhalten. Begründet wird dies mit der Zunahme der Kompetenz und anspruchsvoller Arbeit für die Pflege.

Dass der Fachkräftemangel in der Pflege nur mit einer besseren Entlohnung gelöst werden kann, haben die Postulantinnen nicht propagiert. Jedoch drückt sich die Wertschätzung für eine Profession in unserer Gesellschaft auch über das Lohnniveau aus. Der hohe Druck und die ausserordentlichen Anforderungen an die physische und psychische Verfassung bringen mit sich, dass sich viele Pflegefachpersonen eine verantwortungsvolle Ausübung dieser Tätigkeit nur in Teilzeit

zutrauen. Zudem ist festzuhalten, dass sich immer noch weniger Männer für diesen Beruf entscheiden.

Die unterschiedliche Einschätzung von Kanton und Stadt verursachen aktuell erhebliche Lohnunterschiede in Spitälern der Stadt und dem Kanton. Eine Pflegefachperson in einem Stadtspital wird besser entlohnt als im USZ. Dieser Wettbewerb verursacht sehr viel Unmut und weitere Kosten.

Wir bedauern den fehlenden politischen Willen der Zürcher Regierung, die erdrückenden erwähnten Sachverhalte anzuerkennen. Wir bedauern die damit verbundene Schlechterstellung der kantonalen Spitäler. Wir sehen die Gesundheitsversorgung im Kanton Zürich als gefährdet.

Jeannette Büsser (Grüne, Zürich): Ich war erstaunt, dass Sie am 8. Februar 2021 unser dringliches Postulat kommentarlos an den Regierungsrat überwiesen haben. Dass dies nicht als Zustimmung zu deuten war, offenbart sich heute. Es war den bürgerlichen Parteien wohl zu unangenehm, ihre Überzeugungen mitten in der Pandemie (*Corona-Pandemie*) auszusprechen, nämlich, dass es bezüglich Lohn keine Verbesserungen braucht. Sie sagen es heute, indem sie der Abschreibung zustimmen. Am 14. November 2020 zitierte der Tages-Anzeiger die Gesundheitsdirektion wie folgt: «Wenn die vier selbstständigen kantonalen Spitäler zur Einschätzung kommen, dass die Pflegelöhne zu tief eingereiht sind, können sie beim Kanton Antrag stellen, damit die Richtpositionen angepasst werden.» Zusammengefasst: «Wir tun nichts, solange nicht jemand einen Antrag stellt.» Deshalb haben wir mit dem dringlichen Postulat die Regierung zum Handeln aufgefordert. Einen zusätzlichen Schub erhielt diese Forderung durch die Annahme der Pflegeinitiative mit satten 61 Prozent. Die Bevölkerung – nicht nur linksgrün – will Verbesserungen für das Pflegepersonal.

Doch so wie unsere Regierung auf Anträge wartet, so passiv ging man auch mit der Forderung dieses Postulates um. Es wurde bei den Spitälern nachgefragt. Sie, die verständlicherweise sehr betriebswirtschaftlich denken, haben ihre EBITDA-Marge (*Gewinn vor Zinsen, Steuern, Abschreibungen auf Sachanlagen und Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände*) im Blick, und darum war die Antwort: «Nein, mehr Lohn für das Pflegepersonal, das liegt nicht auch noch drin.» Etwas konformer ausgedrückt, die Löhne seien aktuell und sachgerecht. Und die Regierung kopiert es in ihre Antwort. Diese Antwort ist ungenügend. Um das zu erkennen, kann man weit gehen, zum Beispiel nach Grossbritannien, welches die grösste Streikwelle seit Jahren erlebt, heute und jetzt, weil Zehntausende Pflegekräfte ihre Arbeit niedergelegt haben. Oder Sie schauen, was im Kanton geschieht: Am 27. Mai 2022 stellt die Stadt Zürich ihr Programm zur Stärkung der Pflege vor. Seit August 2022 verdienen 70 Prozent der Pflegefachkräfte mehr, erheblich mehr. Dies ging auf eine grossflächige Überprüfung des Lohnsystems zurück. Ich zitiere: «Die Zunahme in Kompetenz und anspruchsvoller Arbeit für die Pflege sowie mehr benötigte Autonomie im Arbeitsalltag und dessen Entscheidungen haben dazu geführt, den Beruf finanziell aufzuwerten.»

Die Stadt Zürich hat das Lohnsystem überprüft. Der Kanton Zürich hat die Spitäler nur befragt. Die unterschiedlichen Ergebnisse, und dies im gleichen Kanton,

haben uns irritiert. Wenn man nationale und internationale Berichte genauer anschaut, muss man jedoch wie GLP-Gesundheitsvorsteher Hauri (*Stadtrat Andreas Hauri*) zum Ergebnis kommen, dass Anpassungen dringend sind. Darum formulierten wir Grünen eine abweichende Stellungnahme. Dass die GLP ihrem kommunalen Gesundheitsminister widerspricht, wäre dann wieder eine eigene Analyse wert.

Nun wird es, wie man so schön sagt, der Markt richten müssen. Der Fachkräftetourismus ist nun nicht nur international, sondern innerkantonal angekommen. Das bringt zusätzliche Kosten und Risiken. Jetzt wäre es dringend gewesen zu sagen: Ja, ihr seid uns viel wert. Wir brauchen euch und wir sind besorgt um die Kontinuität und Stabilität. Aber stattdessen – ich bin fast sicher – werden Sie in wenigen Minuten hier den Teuerungsausgleich als Lohnerhöhung verkaufen. Und einige von Ihnen nutzen die Weihnachtszeit, um Angehörige zu besuchen, und vielleicht geben Sie dem Pflegepersonal ein Trinkgeld. Geschätzte Anwesende, es wird nicht reichen. Wir müssen endlich Rahmenbedingungen schaffen für Pflegepersonal und Patientinnen und Patienten, die gesund machen und gesund erhalten. Heute haben Sie diese Chance verpasst. Doch es ist Weihnachten, darum erhalten Sie eine zweite: Ergreifen Sie diese bei unserer Motion «Stopp Pflexit. Hopp Kanton Zürich» (*KR-Nr. 78/2022*). Die Grünen setzen sich damit für eine rasche Umsetzung der Pflegeinitiative auf kantonaler Ebene ein. Heute Morgen hat die Regierung eine Medienmitteilung publiziert. Wir sind gespannt, was sie sagt. Jetzt aber wünsche ich Ihnen alle schöne Weihnachten und eine gute Gesundheit.

Andreas Daurù (SP, Winterthur): Gleich vorweg, bevor wir es wieder zu hören bekommen von bürgerlicher und rechter Seite: Ja, der Lohn ist nicht alles. Es zählen auch die Arbeitsbedingungen als Ganzes. Es zählen die Voraussetzungen, welche ich am Arbeitsort vorfinde, um einen Job mit Freude und vor allem mit der nötigen Qualität und Sicherheit gegenüber den Kundinnen und Kunden, in diesem Fall der Patientinnen und Patienten, ausführen zu können. Es zählt der Ausgleich zum und die Erholung von einem anspruchsvollen Job. All diese Punkte sind eine wichtige Voraussetzung, um Pflegende im Beruf zu halten oder neue Menschen zu gewinnen, welche diesen Beruf mit Begeisterung ergreifen wollen. Aber eben: Auch der Lohn gehört dazu.

Dieses Postulat, welches beim Lohn ansetzt und die Überprüfung einer Höhereinstufung der Pflegelöhne verlangt, liegt jetzt vor, beziehungsweise der Bericht. Laut der Antwort der Regierung ist es dem Kanton Zürich zwar ein Anliegen, dass die Pflege im Kanton Zürich gestärkt wird. Das freut uns. Tatsache ist aber auch, dass dies auch anderen Kantonen, Kliniken und Städten – konkretes Beispiel die Stadt Zürich – ein Anliegen ist. Letztere hat beispielsweise bereits reagiert und die städtischen Löhne angepasst. Das ist eben richtig und wichtig. Gleichzeitig beginnt nun aber der Kampf beziehungsweise der Wettbewerb um die Fachkräfte verstärkter und der Kanton Zürich läuft damit Gefahr, ins Hintertreffen zu geraten.

Der Vergleich mit der Restschweiz, welche der Regierungsrat im Postulatsbericht heranzieht, und dabei die Feststellung, dass die Zürcher Löhne oberhalb des Marktwertes für die Schweiz liegen, mag zwar stimmen, aber wir haben auch die massiv höheren beziehungsweise höchsten Lebenshaltungskosten. Die vier kantonalen Spitäler beziehungsweise Psychiatrien waren bei der Berichterstattung zum Postulat in der Kommission und haben uns ihre Bemühungen, beim Pflegepersonal konkurrenzfähig zu bleiben, aufgezeigt. Auch das anerkennen wir. Einfach: Es reicht nicht, und hier ist der Kanton gefordert. Gerne hier auch nochmals ein kurzer Blick auf die OECD-Studie (*Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung*) zum Verdienst der Pflegekräfte: Von 33 OECD-Staaten liegt die Schweiz auf Platz 31, dies in Relation zum Durchschnittslohn im jeweiligen Land. Und ein wichtiger Aspekt findet in dieser Studie keine Berücksichtigung, und er ist wichtig: das Arbeitspensum. Der Vergleich zieht lediglich die Löhne für ein Arbeitspensum von 100 Prozent heran. Dieses Pensum erreichen viele Pflegekräfte in der Schweiz jedoch nicht, da die vorgesehene Erholungszeit bei Schichtarbeit und Überzeit oft nicht ausreichen. Real verdienen sie dadurch also noch weniger, als aus den Daten hervorgeht. Also sind es einerseits die Arbeitsbedingungen, andererseits aber auch der Lohn. Er muss fair sein, genauso wie die Arbeitsbedingungen. Wir unterstützen daher die abweichende Stellungnahme zum Postulat.

Und noch eine Bemerkung zur Medienmitteilung, die Roman Schmid erwähnt hat: Ja, das ist schön, die Massnahmen sind wichtig. Es handelt sich aber einfach um die Massnahmen, die der Kanton Zürich sowieso ergreifen muss bei der Umsetzung der Pflegeinitiative. Es braucht aber noch mehr.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich): Die SVP-Fraktion ist der klaren Meinung und vertritt diese auch hier und heute: Der Kanton Zürich hat eine hervorragende Gesundheitsversorgung und diese hat auch einen Preis. Wir sind für die Abschreibung des dringlichen Postulates und bedauern die Formulierung der abweichenden Stellungnahme. Ich möchte nur den letzten Satz zitieren: «Wir sehen die Gesundheitsversorgung im Kanton Zürich als gefährdet.»

Wir sehen die Gesundheitsversorgung des Kantons Zürich nicht als gefährdet an und wir sehen hier eine künstlich schlechtgeredete Gesundheitsversorgung. Vorgeschlagene Lösungen werden eben durch diese linksgrünen Kreise blockiert und hier, wie schon in der Budget- und KEF-Debatte (*Konsolidierter Entwicklungs- und Finanzplan*), wird diese Blockade noch zelebriert. Das Gesamtpaket ist entscheidend. Wir haben, wie es Roman Schmid gesagt hat, einen schweizweiten Lohnvergleich im Jahr 2020 gemacht. Jeanette Büsser, wollen Sie jedes Jahr einen Lohnvergleich machen, um zu schauen, wie es steht? Glauben Sie, das verändert sich so rasch? Dieser Vergleich hat gezeigt: Wir bezahlen korrekte Löhne, wir haben korrekte Arbeitszeiten und korrekte Arbeitsbedingungen. Natürlich können wir daran arbeiten, nur helfen dieses Postulat und die abweichende Stellungnahme dabei nicht. Ich lobe mir in dieser Sache die PUK, die innovative Lösungen sucht und auch teils gefunden hat. Mit der Medienmitteilung zum RRB 1651 (*Regierungsratsbeschluss*) von heute Morgen schreibt der Regierungsrat: «Der Kanton

Zürich ist zuversichtlich, dass die Pflege weiter gestärkt und die erste Etappe der Pflegeinitiative bis Sommer 2024 erfolgreich umgesetzt werden kann.» Sie sehen also, der Kanton Zürich hat ein gutes Gesundheitswesen. Es braucht hier keine abweichende Stellungnahme, und schreiben Sie das Postulat ab. Auch hier gehört dazu, Andreas Daurù, es gibt noch andere, die Schicht arbeiten. Es gibt noch andere, die schwierige Arbeitspensen haben. Und wenn man das Lohngefüge in der kantonalen Lohneinteilung sieht, dann sind die Pflegenden nicht schlecht entlohnt, sondern sie sind wirklich gut eingebettet. Denn niemand hier drin wird behaupten – und das geht auch an die Seite der KMU –, niemand wird behaupten, dass Löhne von 95'000 bis 105'000 Franken schlecht bezahlt sind. Ich danke Ihnen, wenn Sie das dringliche Postulat abschreiben.

Jörg Kündig (FDP, Gossau): Unter welchem Titel auch immer, am Schluss geht es immer um höhere Löhne und damit einmal mehr um die Hypothese, dass eine verbesserte Entschädigung schlagartig dazu führen würde, dass das, was wir alle beklagen, behoben würde, nämlich der Mangel an qualifiziertem Personal in der Pflege. Diese Hypothese ist falsch. Ausserdem wird einmal mehr implizit davon ausgegangen, die händeringend Personal suchenden Institutionen würden nichts unternehmen, dem Mangel entgegenzuwirken. Neue Arbeitszeitmodelle – von denen, so sei es gesagt, profitieren vor allem die Zeitarbeitsfirmen –, Löhne, die individuell angepasst werden, Vermittlungsprämien, die bezahlt werden, es wird viel unternommen, um diesem Mangel entgegenzuwirken. Was ausgeblendet wird, ist auch die nur teilweise Wirksamkeit, obwohl es immer wieder gesagt wird, und vor allem die wirtschaftlichen Zusammenhänge: Die kantonalen Spitäler arbeiten jetzt mit Verlusten. Auch die Regionalspitäler haben Mühe, ihre Kosten zu decken. Die Alters- und Pflegeheime sind am Anschlag und die Restfinanzierer werden stärker zur Kasse gebeten. Das sind dann wiederum die Gemeinden in den meisten Fällen. Ausserdem ist klar, was passiert, wenn Einzelinstitutionen die Lohnanpassungen für sich vornehmen. Wir kennen das aus der Stadt Zürich. Es gibt einen Sog zu diesen Institutionen und es gibt kein Personal mehr, sondern es verlagert sich einfach dorthin, wo mehr bezahlt wird. Es ist also so, dass das Gesamtkonzept nicht besser wird. Lohnanpassungen lösen nicht nur das Problem nicht, sondern sie sind auch für das Gesamtsystem Gesundheitsversorgung kurzfristig. Schliesslich wäre es einmal ein Ansatz – und davon höre ich jeweils überhaupt nichts –, dass man auf nationaler Ebene eine Tarifdiskussion unterstützt. Es ist nämlich gerade die aktuell nicht mehr kostendeckende oder falsche Anreizsetzende Tarifsituation, die dringend überarbeitet werden müsste. Schliesslich bin ich mir nicht sicher, wie das Beklagen von höheren Krankenkassenprämien und die Erhöhung der Lohnkosten zusammenpassen. Dass wir zudem im Rahmen des Budgets beraten haben, dass die Regierung die Teuerungsanpassung von 3,5 Prozent an die Mitarbeiter möglich machen wird, das wird ausgeblendet. Schliesslich hat der Regierungsrat in der Beantwortung des Postulates und auch in der heutigen Medieninformation aufgezeigt, wie er der Situation entgegenwirken möchte. Er hat aber auch aufgezeigt – und zu dem stehe ich auch –, dass Lohnanpassungen

allein nicht zielführend sind. Es wird immer wieder bestätigt, aber gleichwohl stehen immer wieder Lohnerhöhungen im Raum.

Wir schreiben das Postulat ebenfalls ab, müssen aber auch festhalten, dass die Zuversicht, die überall immer wieder genannt wird, dass wir plötzlich mehr Mitarbeitende haben mit kurzfristigen Massnahmen im Gesundheitswesen, nicht unserer Haltung entspricht. Ich danke, wenn Sie auch abschreiben.

Claudia Hollenstein (GLP, Stäfa): Wird etwas getan? Was wird getan? In welcher Form wird etwas unternommen? Der Regierungsrat verweist in seinem Bericht auf das, was er alles schon gemacht hat, um die schwierige Situation zu entschärfen. Unter anderem hat er eine Arbeitsgruppe mit Mitgliedern aus den Bildungs- und Gesundheitsdepartementen ins Leben gerufen. Personalreglemente wurden überarbeitet. Diese dienen als Grundlage, um vom kantonalen Recht abweichen zu können. Der volle Teuerungsausgleich werde für alle kantonalen Mitarbeitenden ausbezahlt, helfe also auch der Pflege.

Die Berichterstattung einzelner kantonalen Gesundheitsinstitute ermöglicht einen Einblick in die Haltung und Reaktion auf den aktuellen akuten Fachkräftemangel. Das Engagement ist unterschiedlich, die Resultate auch. Nur, wie schon von mir in anderen Voten zu gleichen Themen vorgebracht: Wichtig ist festzuhalten, dass die Leistungen der Spitäler im ambulanten Bereich – 84 Prozent – und stationären allgemeinversicherten Bereich – 94 Prozent – nicht kostendeckend vergütet werden, da die Tarife zu tief sind. Die Rechnung geht nur auf, weil zusatzversicherte Patientinnen und Patienten das gesamte System quersubventionieren. Der anhaltende Spardruck führt dazu, dass der Druck auf das Personal steigt, weil 70 Prozent Personalkosten sind. Bevor man also Forderung bezüglich Arbeitsbedingungen stellt, muss man zuerst die Finanzierung sicherstellen. Der Regierungsrat hat in den letzten Monaten Tarifentscheide infolge Festsetzungsverfahren gefällt, die in die richtige Richtung gehen. Leider haben die Krankenkassen dagegen Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht eingelegt. Dies verschlechtert die Situation über die nächsten Jahre. Die prekäre Situation in den Kinderspitälern zeigt die Konsequenzen des jahrelangen Spardrucks. Die Versorgungssicherheit der Kinder ist gefährdet. Bei den Krankenkassen scheint die Notlage noch nicht angekommen zu sein.

Das nationale Parlament hat das Gesetz zur Ausbildungsinitiative, folgend aus der Pflegeinitiative, verabschiedet. Nun ist das BAG (*Bundesamt für Gesundheit*) gefordert, die entsprechenden Verordnungen schnell zu erarbeiten und in Kraft zu setzen. Wichtig ist, dass sich der Kanton gut auf die Umsetzung der Pflegeinitiative vorbereitet, damit die Massnahmen schnell umgesetzt werden. Unsere Vorstösse vom Oktober sollen dazu Klarheit schaffen.

«Ich kann während einer ganzen Schicht nicht einmal auf die Toilette», hörte ich von einer betroffenen Ärztin. Da hilft mehr Lohn, etwas flexibel ausgedrückt, auch nur bedingt, aber mehr Personal tatsächlich. Darum muss das nationale Parlament auch die beschlossene Zulassungsbeschränkung für Ärzte wieder aufheben. Es gibt wirklich viel zu tun. Sich quasi aus jedem Spital ins nächste das Per-

sonal wegzuangeln, kann ja nicht die Lösung sein. Der Bericht des Regierungsrates beschreibt die ersten ergriffenen Massnahmen zur Sicherstellung der Versorgungssicherheit, mehr nicht. Das reicht jedoch nicht. Der Kanton ist gefordert, zusätzliche Massnahmen zu ergreifen und sich auch in Bern mit Vehemenz dafür einzusetzen. Die GLP-Fraktion erwartet, dass sich der Regierungsrat entsprechend engagiert, und schreibt das Postulat ab.

Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch): «Ende gut, alles gut», könnte man meinen, wenn man die Stellungnahme der Regierung beziehungsweise die Empfehlung zur Abschreibung unseres Postulates liest. Im Antrag steht unter anderem: «Die vier kantonalen Spitäler beurteilen die bestehenden Richtpositionsketten im Bereich Pflege und deren Einreihung im Lohnsystem als aktuell und sachgerecht. Sie werden als angemessen erachtet und entsprechen im resultierenden Lohn im Übrigen auch der Marktsituation. Weder aus Sicht der Gesundheitsdirektion noch aus Sicht der kantonalen Spitäler besteht deshalb Handlungsbedarf.» Hört, hört! Die Stadt Zürich hat die Funktionsstufen ebenfalls überprüft, kam jedoch zu anderen Ergebnissen als der Kanton. Komisch auch, dass die Berichterstattung in den Medien täglich eine andere Sprache spricht: Fachkräftemangel, Pflegenotstand, Ausstieg des Gesundheitspersonals. Ja, in keiner Branche gibt es so viele offene Stellen wie im Gesundheitswesen. Mehr als 10'000 sind es aktuell, Tendenz weiterhin steigend. Einer der Gründe dafür: Vier von zehn Pflegenden geben ihren Beruf bereits nach wenigen Jahren auf.

Der Pflegeberuf ist ein schöner Beruf, aber halt auch sehr anspruchsvoll. Unregelmässige Arbeitszeiten, chronische Überlastung, hohe Verantwortung, und man ist bis zu einem gewissen Grad auch einem gesundheitlichen Risiko ausgesetzt. Aber genau dieser hohen Fluktuation gilt es entgegenzuwirken. Verschiedene Massnahmen könnten nun zu einer Verbesserung der Situation führen, Stichwort «Modell Wetzikon», die Arbeitslast also anders verteilen aber eben auch genügend hohe Löhne bezahlen, um die Attraktivität des Berufs zu steigern. Zudem ist festzuhalten, dass sich immer noch viel weniger Männer für diesen Beruf entscheiden. Was könnte hier wohl der Grund dafür sein?

Die Mitte steht zu der abweichenden Stellungnahme. Danke für die Aufmerksamkeit. Merci.

Mark Anthony Wisskirchen (EVP, Kloten): Die Überweisung der dringlichen Aufforderung an den Regierungsrat zur Überprüfung der Richtpositionsbewertung und einer allfälligen Höhereinstufung der Löhne für die Pflegeberufe der kantonalen Angestellten hatte am 11. Januar 2021 sicher seine Berechtigung, was die EVP selbstverständlich unterstützt hatte. Aber vielleicht erinnern sich noch ein paar in diesem Saal an die diesem Vorstoss vorangegangenen Budgetdebatte im Dezember 2020. Damals hatten die Grünen und die Mitte zwei Anträge Sulser (*Jürg Sulser*) sowie Späth (*Altkantonsrat Markus Späth*), Bischoff (*Markus Bischoff*) und Schaaf (*Markus Schaaf*) für eine inmitten der Corona-Situation steckende Pandemie-Krise unkomplizierte, rasche und wirksame Anerkennung des Pflegepersonals, sprich Lohnverbesserung, abgelehnt. Mit einer scheinheiligen

Begründung lehnten die Grünen damals den Antrag der «drei heiligen Markusse» ab, da ihr Antrag auf das gesamte Staatspersonal abgefärbt hätte und der Antrag Sulser lediglich ein Trinkgeld gewesen wäre und sie eine nachhaltige Verbesserung erwirken wollten.

Genug des Rückblicks, und zwei Jahre später zeigt uns der vorliegende Bericht des Regierungsrates auf, dass das Begehren der Postulantinnen ernsthaft in einer kompetenten und breit gefassten Arbeitsgruppe aufgenommen und ausgewertet wurde, aber eine Systemänderung nicht zielführend respektive nicht finanzierbar wäre. Dass gemäss dem Bericht bereits auf den 1. Januar 2018 verschiedene Richtpositionen im Bereich Pflege überprüft und angepasst worden sind, ist sehr erfreulich. Hingegen befriedigt die etwas laue Antwort, dass momentan kein Handlungsbedarf bestehe und die Situation laufend überprüft würde, dennoch nicht vollständig. Irgendwann ist die Zeit zum Überprüfen vorbei und es braucht konkrete Massnahmen, die bei den betroffenen Mitarbeitern auch spürbar ankommen. Neben dem vollen Teuerungsausgleich braucht es weitere finanzielle Massnahmen, zum Beispiel die Vergütung der Umkleidezeiten oder bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben.

Es ist doch nur normal, dass auch in den Pflegeberufen gesundheits- und sozialverträgliche Arbeitszeitmodelle zum Tragen kommen, wollen wir auch in Zukunft genügend und motiviertes Pflegepersonal in den Spitälern und Pflegeheimen haben. Der Regierungsrat hat weitere Massnahmen in Aussicht gestellt, die zu verbesserten Arbeitsbedingungen und Attraktivitätssteigerungen wirkungsvoll und nachhaltig beitragen, wie zum Beispiel stark verbesserte Entschädigungen in den Inkonvenienzen wie Nacht-, Sonntags- und Pikettzulagen, also zusätzliche Mittel für das Pflegepersonal bereitzustellen. Auch eine bessere Vereinbarkeit zwischen Beruf und aktueller Lebenssituation soll erreicht werden. Ein ganz wichtiger Punkt ist für die EVP, dass die Ausbildungslöhne der Studierenden erhöht und vom Kanton mitfinanziert werden. Die heutige Medienmitteilung der Gesundheitsdirektion lässt mindestens, was die Unterstützung die Pflegeinitiative betrifft, für die Zukunft hoffen. Aber mehr ist aus diesem Postulat wohl nicht herauszuholen. Deshalb unterstützt die EVP auch eine abweichende Stellungnahme nicht und schliesst sich der Mehrheit der KSSG an, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

Nicole Wyss (AL, Zürich): Die Alternative Liste hat vor knapp zwei Jahren die Dringlichkeit dieses Postulates unterstützt, und heute werden wir die abweichende Stellungnahme unterstützen. Durchforstet man die freien Stellen in der Pflege der kantonalen Spitäler, so wird einem angst und bang. Und man kann es nicht genug sagen, auch wenn dies mittlerweile allen klar sein sollte: Pflegepersonal ist für jede Institution im Gesundheitswesen wie auch für die Gesellschaft enorm wichtig und Pflegepersonal ist systemrelevant. Wenn eine Berufsgruppe mit einem dermassen hohen Berufsethos sagt «so kann es nicht weitergehen», dann ist nicht fünf vor zwölf, sondern eher fünf nach zwölf. Wir haben nach wie vor eine hohe Fluktuation, viele Berufsaussteigende und ebenfalls viele Krankschreibungen.

Jede Person, die durch Krankschreibung ausfällt, kann Grund dafür sein, dass andere im Team die Be- oder Überlastung nicht mehr stemmen können. Es ist ein Teufelskreis. Wir können nicht ewig auf die erforderliche Entlastung warten. Die Arbeitsbedingungen müssen sich verbessern, und ein Teil der Arbeitsbedingungen sind nun einmal die Löhne. Es ist nicht alles, aber es ist ein Teil davon.

Der im Budget beschlossene Teuerungsausgleich von 3,5 Prozent für kantonales Personal war der Alternativen Liste wichtig. Diesen aber im Zusammenhang mit diesem Postulat zu nennen, mutet doch etwas eigenartig an: Die kantonalen Spitäler bezahlen übrigens den Teuerungsausgleich von 3 Prozent, also den angepassten und nicht die 3,5 Prozent.

In der Budgetdebatte vor einer Woche hat ein Vertreter der SVP hier vorne gesagt, dass der Fachpersonenmangel in der Pflege nichts mit der Ausbildung zu tun habe, sondern mit den vielen Berufsaussteigenden. Heute sprechen wir über mögliche Verbesserungen, damit die Zahl der Berufsaussteigenden sinkt. Aber Sie, liebe SVP, sagen: Alles in Ordnung, alles korrekt, kein Problem vorhanden. Das verstehe ich nicht.

In der Stadt Zürich wurde das Programm «Stärkung Pflege» ins Leben gerufen, mitunter mit der Begründung einer Zunahme von Kompetenzen bei den Pflegenden. Ich denke nicht, dass sich der Arbeitsalltag in der Stadt Zürich anders darstellt als im Kanton. Warum ist es in der Stadt möglich und im Kanton nicht? Dass die kantonalen Spitäler mit den Personalreglementen, die notabene ohne Personalvertreter ausgehandelt wurden, flexibler agieren können, ist ja schön. Aber nur «können» reicht in diesem Fall nicht. Die AL anerkennt die Bemühungen und Massnahmen der Spitäler. Handlungsspielräume reichen uns aber nicht. Wir fordern eine einheitliche Höhereinstufung der Pflegenden im kantonalen Lohnsystem und wir unterstützen den Minderheitsantrag mit der abweichenden Stellungnahme. Danke.

Brigitte Rösli (SP, Illnau-Effretikon): Ich bin froh, dass der Regierungsrat scheinbar heute doch gehandelt hat und zusätzlich die Betriebe bei der praktischen Ausbildung unterstützen will, die höheren Fachschulen Zuschüsse bekommen sollen und – für mich das Wichtigste von heute – dass die Personen, die in eine Pflegeausbildung gehen und schon älter sind, ihren Lebensunterhalt finanzieren können. Das ist ein erster Schritt. Doch wie der Regierungsrat grundsätzlich mit diesem Postulat umgeht, finde ich unzureichend. Ich habe vor 34 Jahren, als ich noch im Studium war, ein Podiumsgespräch geleitet zum Thema «Zukunft im Gesundheitswesen». Und damals schon war klar, dass wir in einen Fachkräftemangel reinschlittern und dass die Situation sich zuspitzen wird. Mir kommt es vor wie bei der Klimakrise: Wir wissen, dass etwas nicht gut ist, und wir warten und warten und warten, bis wir überschwemmt werden oder bis, wie jetzt bei diesem Problem, bis die Leute wegrennen vom Beruf.

Es braucht Massnahmen, wenn nicht ein höherer Lohn, dann verkürzte Arbeitszeiten. Denn es ist faktisch nicht möglich, ein Leben lang 100 Prozent in der Pflege zu arbeiten. Ich kenne fast keine Person, die das durchzieht, und faktisch ist es dann immer eine Lohnkürzung, die Mann oder Frau eher in Kauf nimmt.

Ein attraktiver Beruf sieht anders aus. Ja, Lorenz Habicher, die Gesundheitsversorgung ist gefährdet. Es sind im ganzen Kanton Betten geschlossen. Betriebe müssen wegen Personalmangel schliessen. Und ja, Jörg Kündig, Lohnanpassungen allein reichen nicht, es benötigt jetzt weitere Massnahmen zur Stärkung der Pflege, damit wir nicht mit geschlossenen Augen in die nächste Mauer hineinfahren. Deshalb möchte ich eine abweichende Stellungnahme.

Florian Heer (Grüne, Winterthur): Die Debatte veranlasst mich zu ein paar Antworten. Zur SVP: Ja, wir sehen die Gesundheitsversorgung gefährdet, das ist so, das sehen wir anders als Sie. Wir sind der Meinung – und wir haben es gerade eben gehört –, Betten sind da in der Pflege, aber die Pflegenden nicht und die Ärzte auch nicht. Also wenn Sie diesen Mangel nicht sehen, dann reden Sie bitte mit den Leuten auf den Abteilungen, wenn wir da schon eingeladen werden, beispielsweise im KSW wurde uns dies eindrücklich erklärt. Sie wollen einfach kein Geld für die Pflege ausgeben, keinen «Stutz» geben Sie, beziehungsweise, sobald es ans Geld geht, kneifen Sie.

Zur FDP: Ja genau, wir wollten diesen Lohnunterschied nicht. Wir wollten diesen «Tourismus», sagen wir mal, nicht. Wir fordern ja deshalb auch eine kantonale Lösung, was die Löhne anbelangt. Und hier den Teuerungsausgleich zu erwähnen, ist irgendwie zynisch, denn es ist eine einmalige Sache, die alle Menschen im Kanton jetzt brauchen, und nicht eine Berufsgruppe. Und das ist keine Lohnerhöhung.

Zur GLP: Die GLP hat auch auf diesen Teuerungsausgleich verwiesen. Dasselbe Argument: Das zählt einfach nicht.

Wir danken der Mitte und wir begrüssen die Anerkennung, die die Mitte ausspricht gegenüber den Pflegenden und deren Problem. Herzlichen Dank für die Unterstützung der abweichenden Stellungnahme.

Und zur EVP möchte ich noch kurz erklären: Ja, wir haben diese 500 Franken abgelehnt, weil wir ein einmaliges Trinkgeld, so wie es daherkam, nicht wollten. Wir möchten eine nachhaltige Lösung, was die Löhne der Pflegenden anbelangt. Und hier dasselbe nicht zu fordern und zu sagen, die Stellungnahme der Regierung oder die Berichterstattung sei gut, sie mache ja so viel, das ist einfach ein zahnloses Argument.

Und noch zu Roman Schmid möchte ich kurz zwei Sachen sagen: Die Medienmitteilung wurde in der Kommission nicht besprochen. Hier hätte er von einer persönlichen Meinung sprechen müssen und nicht als Vertreter oder als Präsident der KSSG. Auch bin ich der Meinung, dass es ein bisschen ein billiger Trick ist, dass die Regierung diese Umsetzungsvorschläge heute Morgen bringt. Ja, die Umsetzung der Pflegeinitiative, die hat sie heute terminiert, aber sie lehnt es wiederum ab, die Löhne zu inkludieren. Das finden wir schäbig, das heute hier zu traktandieren und via Kommissionspräsidenten noch den Inhalt zu streuen. Besten Dank.

Thomas Marthaler (SP, Zürich): Es ist eine interessante Diskussion, ein bisschen redundant, und ich bin sehr überrascht, denn die Bürgerlichen glauben auf einmal

nicht mehr an die Macht des Geldes. Es spielt keine Rolle, wie viel man verdient. Sonst heisst es immer, wenn man keine guten Löhne bezahlen könne, dann bekomme man die guten Leute nicht bei den Banken. Wenn man nicht genügend Boni zahle, bekomme man einfach die guten Leute nicht. Warum greift jetzt das mit dem Geld nicht mehr als Anreiz? Das wäre doch auch ein Aspekt, den man berücksichtigen muss. Ich verstehe schon, das Gesundheitssystem ist unterfinanziert, es sind Massnahmen nötig, die hauptsächlich in Bern getroffen werden müssen. Und wir haben es vorhin gehört, die Krankenkassen machten auch nicht mit, weil die natürlich auch ein Interesse haben. Logisch, wenn man ein Problem hat mit verschiedenen Playern, die da alle ziehen, und jeder will was und jeder will so viel wie möglich für sich hinausnehmen, dann wird es schwierig. Liebe Kollegin Claudia Hollenstein, du hast vorher eine Ärztin erwähnt, die quasi nicht aufs WC kann. Das passiert auch vielen Pflegenden natürlich, das weisst du, oder? Du bist ja vom Fach. Darum ist es eben auch sinnvoll, die Pflegenden müssen jetzt besser behandelt werden. Und wenn ich Brigitte Rööfli zuhöre, die sagt, vor 34 Jahren sei das Problem auch schon auf dem Tisch gewesen, dann ist es irritierend, dass man das Ganze nicht ein bisschen proaktiver angeht. Für mich ist es nicht besonders schlimm, weil ich jetzt im Frühjahr dann nach 25 Jahren Parlamentsarbeit aufhören darf und kann. Also die Probleme, die man so vor sich hinschiebt, die sind mir sehr bekannt, und es ist nicht besonders überraschend, dass man immer wieder zum gleichen Punkt kommt. Natürlich wäre es für eine Person, die gerne Probleme löst und erledigt, ein bisschen interessanter, wenn man da auch wiederum etwas abhaken könnte und nicht immer wieder quasi an denselben Punkt zurückkommt, und dann Start bei null. Oder wie heisst es beim «Monopoly» (*Brettspiel*): Zurück zum Start oder eine Runde aussetzen.

Also leider können wir das Postulat noch nicht abschreiben. Es wäre auch schön gewesen, die Regierungsrätin (*Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli*) hätte allenfalls noch Stellung dazu bezogen, denn sie hätte es in der Hand. Und es müssen Mittel gesprochen werden. Jörg Kündig, du weisst es selber. Mittel müssen gesprochen werden, der Beruf muss attraktiver gemacht werden. Es sind ja vor allem viele weibliche Mitarbeiterinnen, die haben auch noch Familienarbeit. Sie haben häufig auch sonst noch Gratisarbeit, die sie machen, sie pflegen ältere Menschen. Und darum muss die Vereinbarkeit mit den Privatleben verbessert werden. Da ist halt Geld doch eine Möglichkeit, das zu verbessern, und daran müssen wir arbeiten. Jetzt einfach den Kopf in den Sand stecken und das Postulat abschreiben, das macht wirklich keinen Sinn. Darum unterstützen Sie die ablehnende Haltung, das Postulat abzuschreiben. Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Roman Schmid (SVP, Opfikon), Präsident der KSSG: Nur kurz, ich wurde von Florian Heer angesprochen: Selbstverständlich wurde diese Medienmitteilung, die heute um 10 Uhr herausgekommen ist, nicht in der KSSG besprochen, das war auch gar nicht möglich. Und das war nicht unbedingt meine persönliche Meinung, aber ich habe persönlich aus dieser Medienmitteilung zitiert. Das kann jede und jeder hier drin so machen. Wenn ich diese Medienmitteilung jetzt für mich persönlich durchlesen müsste, schauen müsste, was mir passt und was nicht, dann

passt mir sicher nicht zu 100 Prozent alles, was da drinsteht und wie die Pflegeinitiative umgesetzt wird. Das ist dann auch Sache der Regierung und nicht des KSSG-Präsidenten. Dies einfach noch zur Information. Vielen Dank.

Jeannette Büsser (Grüne, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Ich möchte mich einfach für die angeregte Diskussion bedanken. Es ist offensichtlich, dass sich fast alle hier drin Sorgen machen. Es gibt unterschiedliche Lösungsansätze. Die SVP macht sich keine Sorgen, ich weiss. Was ich nicht richtig finde, ist, dass Finanzierungsprobleme im Gesundheitswesen, die vor allem von der FDP und der GLP angesprochen wurden und die real sind, auf dem Buckel der Fachkräfte ausgetragen wird. Was geschieht, wenn wir es nicht schaffen, Fachkräfte zu halten? Was geschieht, wenn Einrichtungen geschlossen werden? In den letzten Monaten wurden im Bezirk Horgen zwei Einrichtungen geschlossen, es werden weitere Einrichtungen schliessen, Spitalabteilungen werden geschlossen, wir sind mittendrin. Es braucht jetzt Lösungen, wenn wir eine Gesellschaft wollen, in der Menschen adäquat gepflegt werden, dann müssen wir Investitionen machen. Dann müssen wir Geld in die Hand nehmen, Geld, das wir haben. Wenn wir eine lebenswerte Gesellschaft wollen, eine menschenwürdige Gesellschaft, dann müssen wir das tun. Danke.

Urs Hans (parteilos, Turbenthal): Also, meine Leute, meine lieben Kantonsratskolleginnen und -kollegen, ich muss schon sagen: Da wird doch einfach leeres Stroh gedroschen. Also die GLP und die Grünen und auch die Linken, sie beklagen den Pflegenotstand, und niemand redet von den Ursachen. Ja, das wollt ihr nicht hören, ich weiss, aber niemand redet von den Ursachen. Also ich weiss ein Beispiel von einem Spital in Luzern: So viele Pflegekräfte sind krank nach dieser idiotischen Impfung (*gemeint ist die Covid-Impfung*) und niemand steht dazu. Die Maskenpflicht – ich weiss das von Angehörigen und vielen anderen auch – ist doch extrem schädlich. Arbeitet mal einen Tag lang im Spital mit so einer idiotischen Maske! Es ist eine Zumutung, und sie nützt rein nichts. Es ist bewiesen, alle unabhängigen Studien beweisen es: Maskentragen nützt nichts. Die Bevölkerung muss sich ja immunisieren, und das geht sowieso auf natürliche Weise und sicher nicht mit der Maske und sicher nicht mit der experimentellen Covid-Spritze. In Kanada sind mittlerweile über 100 Ärzte gestorben nach dem vierten Shot. Ihr wollt es ja nicht hören, aber es ist so. Die haben ja die praktische Pflicht, und in der Schweiz wird es immer noch empfohlen. Die Presse schweigt sich darüber aus. Wir haben eine totale Zensur. Ich weiss nicht, ihr kommt mir vor wie Autisten ihr wollt es ja auch nicht hören. Ihr lest die NZZ und den Tages-Anzeiger und die berichten natürlich nicht von den extrem schädlichen Nebenwirkungen der Impfung, die bekannt sind, x Studien beweisen es, aber niemand redet darüber. Ihr habt alle Angst, denn ihr habt ja stillschweigend diese Impfung gutgeheissen; wenn nicht gutgeheissen, so geduldet, und somit macht ihr euch verantwortlich für einen weltweiten Genozid, den wir durch diese Gen-Spritze erlebt haben. (*Unruhe im Saal.*) Ja, du, du trägst ja meistens die Maske, du bist ein guter Gläubiger da. Das kann ich akzeptieren, es soll jeder mit Maske herumlaufen, aber es stört

im Prinzip. Also im Prinzip wäre jetzt Ursachenbekämpfung angezeigt: Stopp mit der Pressezensur, mit der Propaganda in den Medien. Und im Prinzip müssen die Verantwortlichen, auch die Medien dort hinten, die jetzt lachen und die dann nichts darüber berichten werden, die Verantwortlichen müssen zur Verantwortung gezogen werden. Die ersten Klagen sind hängig, die ... (*Die Ratspräsidentin unterbricht den Votanten.*)

Ratspräsidentin Esther Guyer: Urs Hans, bitte reden Sie zum Postulat, zur Pflege.

Urs Hans fährt fort: Der Zustand wurde verursacht durch Maskentragen und diese schädliche Impfung. Besten Dank.

Benjamin Walder (Grüne, Wetzikon): Ich gebe Ihnen meine Interessenbindung bekannt: Da ich Medizin studiere, habe ich freiwillig das früher bekannte «Hä-feli»-Praktikum selbstständig absolviert und eine kurze Zeit auf der Pflege gearbeitet. Und ich hatte eigentlich auch nicht vor zu sprechen, möchte aber noch Folgendes zur Diskussion beitragen: Es wird in diesem Rat argumentiert, dass die besseren Löhne aufgrund der Kostenunterdeckung nicht gewährt werden können. Dabei wird aber über das Sparpotenzial im Gesundheitswesen, welches den Pflegenden zugutekommen könnte, nicht diskutiert. Sie, liebe rechte Ratsseite, haben die Lohnobergrenze für Ärztinnen und Ärzte abgelehnt. Sie, liebe SVP, haben zu einem Postulat zur Stärkung der Prävention Diskussion beantragt, obwohl 1 Franken in die Gesundheitsprävention investiert, mindestens 8 Franken einspart. Je nach Sparte spart man sogar bis zu 42 Franken. In der Gesundheitsbranche hat es also noch sehr viel falsch investiertes Geld, welches auch ohne Erhöhung der Prämien den Pflegenden zugutekommen könnte.

Und noch eine Randbemerkung: Es wäre schön gewesen, wenn die Gesundheitsdirektorin anwesend gewesen wäre und Stellung bezogen hätte; so viel zu Transparenzthematik von heute Morgen früh. Stimmen Sie der abgeänderten Stellungnahme zu. Herzlichen Dank.

Lorenz Habicher (SVP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Es ist schön, wenn sich mehrere Ratsmitglieder die Anwesenheit der Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli hier herbeisehnen oder wünschen, nur leider ist das ein Finanzgeschäft. Es geht hier um die Lohneinteilung, es geht hier um Finanzen, und die finanzielle Verantwortung liegt beim Finanzdirektor (*Regierungspräsident Ernst Stocker*). Und geschätzte Damen und Herren der Grünen und Linken, er ist hier anwesend und wird sicher auch noch etwas dazu sagen. Wir haben vieles gehört, wir hatten einen Exkurs von Urs Hans, und was mich eigentlich am meisten bedrückt, ist, dass die Mitte umgefallen ist. Wir haben unzählige Sitzungen in der Kommission gemacht. Wir haben dort klare Abstimmungen durchgeführt. Es war eigentlich klar, wer wo steht. Und heute Morgen kommt Janine Vannaz und sagt: «Es ist alles anders, wir haben eine neue, eine andere Meinung.» Es ist schade, wenn die Kommissionsarbeit so missbraucht wird.

Natürlich ist es ein wichtiger Beschluss, das können wir hier und heute bestätigen, aber das Postulat ist das falsche Instrument. Florian Heer, Benjamin Walder, mit Ihrer abweichenden Stellungnahme werden Sie keine andere Lösung bewirken. Es ist ein Postulat und mit diesem Bericht wird beschrieben. Sie haben dann eine Willenskundgebung gemacht, was wir auch tun, und damit hat es sich erledigt. Die Fakten, die Tatsachen werden nachher geschaffen und nachher ist der Regierungsrat tätig – das haben wir gesehen – mit einem Regierungsratsbeschluss. Und das ist kein billiger Trick, der Regierungsratsbeschluss wird vorgängig zu einer Medienmitteilung getroffen, das heisst, er ist nicht so jung wie die Medienmitteilung heute Morgen. Also: Der Beruf muss attraktiver werden, das stimmt, wir arbeiten daran, und es muss eine bessere Vereinbarkeit gemacht werden zwischen Beruf und Familie oder Beruf und Work-Life-Balance, auch da einverstanden. Nur, hier wollten Sie bessere Löhne und Sie haben feststellen müssen: Es sind gute Löhne, die bezahlt werden, und es muss in dieses Lohnsystem nicht jetzt eingegriffen und nicht jetzt in kleinen Bereichen geschraubt werden. Ich denke, wir müssen die Lohnenteilung des Kantons als Ganzes einmal anschauen und wir müssen als Ganzes einmal das System bewerten und nicht hier aufgrund eines Postulates kleine Änderungen machen, bei deren Konsequenzen Sie ja nicht wirklich wissen, was das heisst.

Das Postulat wurde beantwortet, besprochen, und ich denke, wir sind jetzt abstimmungsreif. Bitte schreiben Sie das Postulat jetzt auch ab.

Regierungspräsident Ernst Stocker: Ich weiss, dass Sie nicht ganz zufrieden sind, wenn der Finanzdirektor hier ist. Aber Ihr Postulat landete halt bei der Finanzdirektion, weil es das kantonale Lohnsystem verändern wollte oder eine Einladung war, das zu ändern. Und ich kann Ihnen sagen: Auch der Finanzdirektor ist nahe an den kantonalen Spitälern, denn die kantonalen Spitäler sind voll konsolidiert in unserem Budget und in unserer Rechnung.

Ich habe es gesagt, Sie wollen mit dem Postulat eine Überprüfung des kantonalen Lohnsystems und Sie wollen eine Anpassung der Einreihungsfunktionen. Ich muss Ihnen einfach sagen, wenn wir etwas ändern an diesem System, können wir es nicht isoliert bei den Gesundheitsberufen tun, denn das geht schlicht und einfach nicht; nicht, dass wir nicht wollen, und ich kann Ihnen auch versichern: Der Regierungsrat nimmt dieses Thema sehr ernst. Gemäss Auskunft der vier kantonalen Spitäler und der Einschätzung des Regierungsrates widerspiegeln die geltenden Einreihungen die Anforderungen an die Funktionen. Die Gehälter werden als angemessen erachtet und entsprechend im Übrigen auch der Marktsituation. Dies wurde bestätigt von den Spitälern. Ich habe selber gesagt: Macht eine Anhörung mit diesen Institutionen. Und das wurde diskutiert in den Kommissionen und es wurden auch Modelle skizziert. Die Medienmitteilung, die heute Morgen rausging, das wurde am letzten Mittwoch in der Regierung beschlossen, Umsetzungs-RRB, Konzept-RRB Pflegeinitiative. Und an alle, die sagen, wir wollten kein Geld ausgeben: Man rechnet für diese Umsetzung mit 500 Millionen Franken auf Bundesebene. Das kostet den Kanton Zürich wieder 100 Millionen Franken. Wer behauptet, wir gäben kein Geld aus in diesem Bereich, das stimmt einfach nicht.

Der Kanton Zürich hat die Handlungsmöglichkeit in seinem Zuständigkeitsbereich bereits genutzt. Es gibt verschiedene Sofortmassnahmen seitens Gesundheitsdirektion und Bildungsdirektion. Besonders hervorzuheben ist die Subvention der Studiengebühren für Nachdiplomstudiengänge Intensivpflege und Notfallpflege, diese haben wir sofort mit 4 Millionen Franken unterstützt. Die kantonalen Spitäler sind selbstständig, das haben Sie bestimmt. Sie können über die Personalreglemente hinausgehen, die sind nicht, wie der Konsolidierungskreis 1, fest eingebunden in diese Personalreglemente. Und sie haben auch zusätzliche Mittel für die Lohnentwicklung bereitgestellt: höhere Inkonvenienz-Entschädigung für Nacht-, Wochenende-, Pikett- und Präsenzdienst werden ausgerichtet. Die erste Sofortmassnahme war, dass man diese Entschädigungen um 30 Prozent erhöht hat. Sie haben auch die Medienmitteilung gelesen über die Notlohnmassnahmen der Spitäler. Und ich möchte in diesem Zusammenhang schon auch bemerken, es wäre jetzt zwar nicht unbedingt an mir: Aber Sie müssen auch bedenken – und das hat niemand gemacht – welche Auswirkungen diese Beschlüsse und diese Forderungen auf die Regionalspitäler haben. Von denen redet niemand. Ja, du (*gemeint ist Jörg Kündig*) hast vielleicht, aber das ist nicht ganz so einfach. Und auch über die Kantonsgrenze hinaus wollen Sie, dass der Kanton Zürich einfach rundum alles Personal wegsaugt, die reichen Zürcher? Dieser Ruf wird uns schädigen, und ich glaube deshalb, dass man wirklich nicht sagen darf, wir sparten im Gesundheitswesen. Und hier drückt jetzt der Finanzdirektor durch, wenn man sagt, unsere Gesundheitsversorgung sei gefährdet. Ich kann das schon nachvollziehen, aber wer sagt, wir sparten hier besonders, dem muss ich einfach entgegenen: Wir haben wahrscheinlich eines der teuersten Gesundheitswesen der Welt. Und man vergleicht mit England und sagt, wir stünden kurz vor dem Kollaps. Glauben Sie wirklich, dass man das einfach mit Geld lösen kann? Wenn wir es nicht mit Geld lösen können, dann kann es niemand in dieser Welt. Es gibt keine einfachen Lösungen, aber ich möchte einfach nochmals betonen: Die Spitäler sind selbstständig. Sie haben ihre Verordnungen angepasst, sind leider noch durch Re-kurse blockiert. Aber ich glaube, der Weg über dieses Postulat, wenn man glaubt, mit einem kleinen Postulat im Zürcher Kantonsrat das Gesundheitswesen in der ganzen Schweiz oder jedenfalls in einem Viertel davon verändern könnte, dann wäre das ein schöner Wunsch auch in der Weihnachtszeit. Aber ich glaube, das ist nicht möglich. Und deshalb bin ich froh, wenn Sie abschreiben. Aber die abweichende Stellungnahme wird das Problem auch nicht lösen. Besten Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Abstimmung

Der Kommissionsantrag wird dem Minderheitsantrag von Jeannette Büsser gegenübergestellt. Der Kantonsrat beschliesst mit 109 : 63 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), dem Antrag der Kommission zuzustimmen und das dringliche Postulat KR-Nr. 478/2020 ohne abweichende Stellungnahme abzuschreiben.

Das Geschäft ist erledigt.

